

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XVII
Literaturverzeichnis .....	XXI
<b>1. Einführung in das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung.....</b>	<b>1</b>
1.1 Problemstellung.....	1
1.2 Gang der Untersuchung .....	5
<b>2. Der kommunale Finanzausgleich als Hauptanwendungsfall für das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung.....</b>	<b>7</b>
2.1 Die Notwendigkeit des kommunalen Finanzausgleichs für das Wirken der Kommunen .....	8
2.1.1 Die Steuereinnahmen als erste Säule kommunaler Finanzausstattung .....	9
2.1.2 Der kommunale Finanzausgleich als zweite Säule kommunaler Finanzausstattung .....	9
2.1.3 Das Konnexitätsprinzip als dritte Säule kommunaler Finanzausstattung .....	11
2.2 Funktionen des kommunalen Finanzausgleichs .....	12
2.3 Die Zuweisungsarten im kommunalen Finanzausgleich ..	13
2.4 Bildung der Finanzausgleichsmasse .....	15
2.5 Die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich.....	16
2.5.1 Die Verteilung der Schlüsselzuweisungen auf die Kommunen .....	16
2.5.2 Die Ermittlung der Ausgangsmesszahl.....	17
2.5.2.1 Die Bestimmung des Hauptansatzes.....	17
2.5.2.2 Die Bestimmung der Nebenansätze.....	19
2.5.3 Die Ermittlung der Steuerkraftmesszahl (Finanzkraft).....	19
2.5.4 Der Ausgleichsmodus.....	20
2.6 Die Finanzierung der Kreise.....	22
2.7 Fazit.....	23
<b>3. Bestandsaufnahme der Rechtsprechung zum Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung.....</b>	<b>24</b>
3.1 Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Bundes.....	24

3.1.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	24
3.1.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	27
3.1.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts....	29
3.1.4	Ergebnis.....	30
3.2	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Bayern.....	31
3.2.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes .....	31
3.2.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes .....	31
3.2.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Bayerischen Verwaltungsrechtsprechung .....	32
3.2.3.1	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes.....	32
3.2.3.2	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Regensburg.....	33
3.2.4	Ergebnis.....	35
3.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Brandenburg .....	35
3.3.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Brandenburgischen Verfassungsgerichtshofes .....	35
3.3.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Brandenburgischen Verfassungsgerichtshofes .....	37
3.3.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Brandenburg .....	39
3.3.4	Ergebnis.....	39
3.4	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Bremen .....	40
3.4.1	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Bremen .	40
3.4.2	Ergebnis.....	41

3.5	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Hessen.....	42
3.5.1	Die Anwendungsweise des interkommunalen Gleichbehandlungsgebots in der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes Hessen und der Verwaltungsgerichte in Hessen .....	42
3.5.2	Die Gebotsbeschreibung des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes Hessen und der Verwaltungsgerichte in Hessen .....	43
3.5.3	Ergebnis.....	43
3.6	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Mecklenburg-Vorpommern .....	43
3.6.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Mecklenburgischen Verfassungsgerichtshofes.....	43
3.6.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Mecklenburgischen Verfassungsgerichtshofes.....	46
3.6.3	Ergebnis.....	47
3.7	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Niedersachsen.....	48
3.7.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes .....	48
3.7.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung nach Auffassung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes .....	50
3.7.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der niedersächsischen Verwaltungsrechtsprechung .....	52
3.7.4	Ergebnis.....	53
3.8	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Nordrhein-Westfalen .....	53
3.8.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Nordrhein-Westfälischen Verfassungsgerichtshofes.....	53
3.8.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Nordrhein-Westfälischen Verfassungsgerichtshofes.....	56
3.8.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung der nordrhein-westfälischen Verwaltungsgerichte.....	60
3.8.4	Ergebnis.....	61

3.9	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Rheinland-Pfalz .....	61
3.9.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Rheinland- pfälzischen Verfassungsgerichtshofes .....	61
3.9.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Rheinland- Pfälzischen Verfassungsgerichtshofes .....	64
3.9.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichte .....	69
3.9.4	Ergebnis .....	69
3.10	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Sachsen .....	70
3.10.1	Die Anwendungsfälle des interkommunalen Gleich- behandlungsgebots in der Rechtsprechung des Sächsi- schen Verfassungsgerichtshofes .....	70
3.10.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Sächsi- schen Verfassungsgerichtshofes .....	71
3.10.3	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung der sächsischen Verwaltungs- gerichte .....	72
3.10.4	Ergebnis .....	73
3.11	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Schleswig-Holstein .....	73
3.11.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Schleswig- Holsteinischen Landesverfassungsgerichts .....	73
3.11.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Schleswig- Holsteinischen Landesverfassungsgerichts .....	74
3.11.3	Ergebnis .....	76
3.12	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung in Thüringen .....	76
3.12.1	Die Anwendungsweise des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Thürin- gischen Verfassungsgerichtshofes .....	76
3.12.2	Die Gebotsbestandteile des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung des Thüringer Landesverfassungsgerichtshofes .....	77
3.12.3	Ergebnis .....	78

3.13	Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Rechtsprechung sonstiger Gerichtsbarkeiten .....	78
3.14	Fazit .....	78
<b>4.</b>	<b>Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung in der Literatur .....</b>	<b>80</b>
4.1	Die inhaltliche Beschreibung des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung nach Auffassung der Literatur .....	80
4.2	Die dogmatische Herleitung des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung nach Auffassung der Literatur ..	81
4.3	Der Anwendungsbereich des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung nach Auffassung der Literatur ..	82
4.4	Die Rechtfertigung beim Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung nach Auffassung der Literatur .....	83
4.5	Fazit .....	83
<b>5.</b>	<b>Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....</b>	<b>85</b>
5.1	Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie in Bund und Ländern als Grundlage des interkommunalen Gleichbehandlungsgebots.....	85
5.1.1	Stellung und Funktionen von Kommunen innerhalb des Grundgesetzes.....	86
5.1.2	Die kommunalen Aufgaben.....	87
5.1.3	Der Gemeinde- und Gemeindeverbandsbegriff.....	88
5.1.3.1	Der Begriff der Gemeinde .....	89
5.1.3.2	Der Begriff des Gemeindeverbandes.....	90
5.1.4	Zwischenergebnis .....	92
5.1.5	Träger und Verpflichtete der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG .....	92
5.1.5.1	Träger der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie.....	93
5.1.5.2	Verpflichtete der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie	95
5.1.6	Die Mindestgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG – Durchgriffsnorm oder Normativbestimmung? .....	96
5.1.7	Zwischenergebnis .....	99
5.1.8	Die Ebenen der institutionellen Garantie des Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG.....	100
5.1.8.1	Die institutionelle Rechtssubjektsgarantie.....	100
5.1.8.2	Die objektive Rechtsinstitutionsgarantie .....	101
5.1.8.2.1	Die Gemeindehoheiten .....	103
5.1.8.2.2	Der praktische Gesetzesvorbehalt und seine Bezugsobjekte .....	104

5.1.8.2.3	Die Möglichkeit der Beschränkung des Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG .....	105
5.1.8.3	Die subjektive Rechtstellungsgarantie.....	111
5.1.9	Die Selbstverwaltungsgarantie der Gemeindeverbände nach Art. 28 Abs. 2 S. 2 GG.....	114
5.1.10	Zwischenergebnis .....	115
5.1.11	Die Grundlagen finanzieller Eigenverantwortung von Gemeinden und Gemeindeverbänden.....	116
5.1.12	Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie in den Ländern.....	119
5.1.13	Zwischenergebnis .....	121
5.2	Der allgemeine Gleichheitssatz als verfassungsrechtliche Grundlage des interkommunalen Gleichbehandlungsgebots.....	122
5.2.1	Die subjektiv-rechtliche und objektiv-rechtliche Funktion des allgemeinen Gleichheitssatzes.....	122
5.2.2	Berechtigte des allgemeinen Gleichheitssatzes .....	123
5.2.3	Verpflichtete des allgemeinen Gleichheitssatzes.....	125
5.2.4	Die Anwendung des allgemeinen Gleichheitssatzes .....	126
5.2.5	Zwischenergebnis .....	129
5.2.6	Die Rechtfertigung von Ungleichbehandlung .....	129
5.2.6.1	Die „Formeln“ der Rechtfertigungsprüfung .....	130
5.2.6.1.1	Die Willkürformel .....	130
5.2.6.1.2	Die „Neue Formel“ .....	131
5.2.6.1.3	Die „Neueste Formel“ .....	132
5.2.6.1.4	Die „Stufenlose Formel“ .....	133
5.2.6.2	Die Prüfung der Rechtfertigung orientiert am Maßstab des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	134
5.2.6.3	Zwischenergebnis .....	138
5.2.7	Besonderheiten des allgemeinen Gleichheitssatzes für den Gesetzgeber .....	138
5.2.7.1	Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers .....	139
5.2.7.2	Systemgerechtigkeit und Folgerichtigkeit .....	139
5.2.7.2.1	Gebot der Systemgerechtigkeit oder der Folgerichtigkeit?	140
5.2.7.2.2	Inhaltliche Ausgestaltung, dogmatische Grundlagen und Anwendungsweise des Gebots der systemgerechten und folgerichtigen Gesetzgebung .....	142
5.2.7.3	Die Typisierung .....	144
5.2.8	Besonderheiten des allgemeinen Gleichheitssatzes für die Verwaltung .....	146
5.2.9	Zwischenergebnis .....	148

5.2.10	Die Rechtsfolgen beim Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz.....	149
5.2.10.1	Rechtsfolgen beim Verstoß eines Gesetzes gegen Art. 3 Abs. 1 GG.....	149
5.2.10.2	Rechtsfolgen beim Verstoß der Exekutive gegen Art. 3 Abs. 1 GG.....	151
5.2.10.3	Zwischenergebnis .....	152
5.3	Ausblick.....	152
<b>6.</b>	<b>Analyse der Bestandsaufnahme des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....</b>	<b>154</b>
6.1	Analyse der dogmatischen Grundlagen des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....	154
6.1.1	Zusammenfassende Darstellung der dogmatischen Herleitung des interkommunalen Gleichbehandlungsgebots nach Auffassung der Judikatur.....	154
6.1.2	Einordnung der dogmatischen Grundlagen .....	156
6.1.2.1	Einordnung der dogmatischen Herleitung des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....	156
6.1.2.2	Einordnung des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung als subjektives Recht der Kommunen.....	159
6.1.2.3	Eigener Lösungsansatz für die normative Anknüpfung des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung .....	161
6.1.2.4	Exkurs: Vergleich der Einordnung mit weiteren dogmatischen Ansätzen aus der jüngeren Literatur.....	164
6.2	Der persönliche Anwendungsbereich des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....	167
6.2.1	Verpflichtete des interkommunalen Gleichbehandlungsgebots.....	168
6.2.2	Berechtigte des interkommunalen Gleichbehandlungsgebots.....	170
6.3	Zum sachlichen Anwendungsbereich des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....	172
6.3.1	Zusammenfassung der inhaltlichen Beschreibungen des interkommunalen Gleichbehandlungsgebots aus der Judikatur.....	172
6.3.2	Stellungnahme zur Reichweite des sachlichen Anwendungsbereichs.....	173
6.3.3	Anwendung des objektiven Willkürverbots neben dem Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung .....	175
6.3.4	Zur mittelbaren Anwendung des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung .....	176

6.4	Verstoß gegen das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung.....	177
6.4.1	Die Suche nach einem sachwidrigen Grund anhand der Willkürformel.....	177
6.4.1.1	Bildung von Vergleichsgruppen.....	177
6.4.1.2	Ergänzung durch das Gebot der systemgerechten und folgerichtigen Gesetzgebung.....	178
6.4.1.3	Chancengerechtes Verteilungsverfahren.....	181
6.4.1.4	Das Verbot der Nivellierung/Übernivellierung.....	181
6.4.2	Notwendigkeit eines geänderten Rechtfertigungsmaßstabes.....	182
6.4.3	Diskussion zur Übertragung der Rechtfertigungsmaßstäbe aus dem allgemeinen Gleichheitssatz.....	183
6.4.3.1	Entsprechende Übernahme der Stufenlosen Formel?.....	183
6.4.3.2	Notwendige Änderung der Gebotsbeschreibung.....	186
6.5	Die Rechtsfolgen des Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....	187
6.5.1	Bei einem Verstoß gegen das Gebot durch ein Gesetz.....	187
6.5.2	Bei einem Verstoß gegen das Gebot durch das Handeln der Exekutive.....	188
6.6	Zusammenfassung des systematisierten Gebots der interkommunalen Gleichbehandlung.....	189
<b>7.</b>	<b>Die Rechtsschutzmöglichkeiten bei einem möglichen Verstoß gegen das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung.....</b>	<b>193</b>
7.1	Verfassungsprozessualer Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht.....	193
7.1.1	Kommunale Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG, § 91 BVerfGG.....	193
7.1.1.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen für ein Verfahren nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG, § 91 BVerfGG.....	194
7.1.1.1.1	Beschwerdeberechtigung.....	194
7.1.1.1.2	Beschwerdegegenstand.....	195
7.1.1.1.3	Unterlassen als Beschwerdegegenstand einer Kommunalverfassungsbeschwerde?.....	196
7.1.1.1.4	Beschwerdebefugnis bei einem möglichen Verstoß gegen das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung.....	199
7.1.1.1.5	Rechtswegerschöpfung und allgemeine Subsidiarität.....	201
7.1.1.1.6	Ausschluss der Zulässigkeit der Kommunalverfassungsbeschwerde durch die Subsidiaritätsklausel nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG, § 91 BVerfGG.....	202

7.1.1.1.6.1	Was bedeutet „Gleichwertigkeit“ des Rechtsschutzes.....	203
7.1.1.1.6.2	Diskussionsverlauf in Rechtsprechung und Literatur.....	205
7.1.1.1.6.3	Stellungnahme zum Gleichwertigkeitserfordernis.....	206
7.1.1.1.6.4	Anforderungen an einen gleichwertigen Rechtsschutz.....	207
7.1.1.1.7	Frist.....	209
7.1.1.2	Begründetheitsprüfung und Entscheidungswirkung .....	209
7.1.1.3	Zwischenergebnis .....	210
7.1.2	Verfassungsprozessuale Rechtsbehelfe in den Ländern zum Schutz des Gebots der interkommunalen Gleich- behandlung .....	210
7.1.2.1	Baden-Württemberg .....	211
7.1.2.2	Bayern .....	212
7.1.2.3	Brandenburg .....	213
7.1.2.4	Bremen .....	213
7.1.2.5	Hessen .....	214
7.1.2.6	Mecklenburg-Vorpommern .....	214
7.1.2.7	Niedersachsen.....	214
7.1.2.8	Nordrhein-Westfalen .....	215
7.1.2.9	Rheinland-Pfalz .....	215
7.1.2.10	Saarland .....	216
7.1.2.11	Sachsen .....	216
7.1.2.12	Sachsen-Anhalt.....	216
7.1.2.13	Schleswig-Holstein.....	217
7.1.2.14	Thüringen .....	217
7.1.2.15	Zwischenergebnis .....	217
7.2	Fachgerichtlicher Rechtsschutz .....	218
<b>8.</b>	<b>Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....</b>	<b>220</b>
	Stichwortverzeichnis.....	229